

11-4910 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 241415

1983-02-03

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dipl.Ing.RIEGLER, Dr. Johann Haider, Dr.Schwimmer

und Genossen

an den Bundesminister für soziale Verwaltung

betreffend Pensionskürzung für über 18.000 österreichische
Pensionisten

Seit 1. Jänner 1983 erhalten nicht weniger als 11.000 Pensionisten eine verglichen mit dem Dezember 1982 absolut geringere Ausgleichszulage. Weitere rund 7.000 Pensionisten sind nicht in den Genuß der 5,5 %igen Pensionsanpassung gekommen. Es handelt sich dabei um jene Ausgleichszulagenbezieher, die aus wichtigen wirtschaftlichen oder familiären Gründen die selbständige Erwerbstätigkeit nicht durch die Übergabe des Betriebes, sondern nur durch dessen Verpachtung aufgeben konnten, also noch Eigentümer sind. Obwohl ihr Grundeigentum um keinen Quadratmeter erweitert oder ihr Pachtzins um keinen Schilling erhöht wurde, wird ihnen wegen einer ziffernmäßigen Erhöhung des Einheitswertes für den Betrieb, dessen Bewirtschaftung sie längst aufgegeben haben, die Ausgleichszulage gekürzt.

1980 wurde erstmals seit dem 2. Weltkrieg eine Rentenkürzung unter einer sozialistischen Alleinregierung vorgenommen. Erst durch parlamentarische und öffentliche Initiativen der ÖVP konnte dieses Rentenunrecht wieder repariert werden.

- 2 -

So wie im Jahre 1980 hat die sozialistische Mehrheit auch diesen zweiten Pensionsskandal allein zu verantworten. Was diesen Skandal verschärft, ist die Tatsache, daß die ÖVP sowohl im Sozialausschuß am 6. Dezember 1982 als auch im Plenum des Nationalrates am 10. Dezember 1982 auf diese soziale Ungerechtigkeit hingewiesen und entsprechende Abänderungsanträge eingebracht hat. Die Warnungen wurden nicht zur Kenntnis genommen und die ÖVP-Vorschläge von der SPÖ-Mehrheit kalt abgelehnt.

Um für die rund 18.000 Betroffenen eine Pensionskürzung doch noch auszuschalten, hat die ÖVP umgehend einen Initiativantrag eingebracht.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

A n f r a g e :

1. Seit wann ist Ihnen die Tatsache der Kürzung bzw. Streichung der Ausgleichszulage für rund 18.000 Personen, die ihre selbständige Erwerbstätigkeit nur durch Verpachtung des land(forst)wirtschaftlichen Betriebes aufgeben konnten, bekannt ?
2. Was haben Sie bisher zur Beseitigung dieser sozialen Ungerechtigkeit unternommen ?
3. Was werden Sie unternehmen, damit bei diesen rund 18.000 Personen eine Kürzung der Ausgleichszulage verhindert wird ?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsrördnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.